



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Dr. Helmut Kaltenhauser, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Bereitstellung der finanziellen Mittel für den DigitalPakt Schule

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu folgenden Fragen zu berichten:

- Inwieweit hat die Staatsregierung darüber Kenntnis, dass es zu zeitlichen Verzögerungen bei der Bereitstellung von Bundesmitteln für den DigitalPakt Schule bzw. zu einer diesbezüglichen Finanzierungslücke kommt bzw. kommen könnte? Wenn ja, in welcher Form wurde sie darüber informiert?
- Wie bewertet die Staatsregierung die diesbezüglichen Verlautbarungen aus dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur?
- Welche Maßnahmen zwischen dem Bund und den Ländern wurden getroffen, um eine pünktliche Bereitstellung der Mittel zu gewährleisten?
- Welche Tranchen bezüglich der Bereitstellung der finanziellen Mittel des Bundes für den DigitalPakt Schule wurden vereinbart und welcher Zeitplan ist diesbezüglich hinterlegt worden?
- Unter welchen Voraussetzungen werden die Bundesmittel für den Freistaat bereitgestellt bzw. ausgezahlt?
- Inwieweit ist sichergestellt, dass der Freistaat seine Finanzierungsanteile pünktlich zur Verfügung stellen wird?
- Welche Auswirkungen ergeben sich darüber hinaus für die Bereitstellung der finanziellen Mittel durch die Schulträger?
- Welche Maßnahmen sind angedacht, wenn es zu zeitlichen Verzögerungen oder zu einer Finanzierungslücke bei der Bereitstellung von Bundesmitteln für den DigitalPakt Schule kommen sollte, um die Finanzierung der genehmigten Maßnahmen im Freistaat dennoch zu gewährleisten?

Begründung:

In dem Beitrag „Bundesregierung droht Milliardenlücke bei Schuloffensive“ (Welt vom 30.09.2019) wird von einer drohenden Finanzierungslücke und der Verzögerung bei der Bereitstellung von finanziellen Mitteln des Bund-Länder-Digitalpakts Schule gesprochen. Dadurch könnten schon im kommenden Jahr Engpässe auftreten. Diese Entwicklung wäre fatal für die bayerischen Schulen, die sich den Herausforderungen und Chancen der Bildung in der digitalen Welt stellen wollen.

** Änderung im ersten Satz des Antragstextes*